A-1-B Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

Soziale Spaltung, Klimakrise, massenhaftes Artensterben, Krise unseres Gesundheitssystems und eine drohende Wirtschaftskrise: Wir befinden uns in einer Zeit der Krisen, was nicht erst durch die Corona-Pandemie gesellschaftlich sichtbarer und spürbarer wird. Marode Gesundheitssysteme, steigende Armut und keine Aussicht auf Verbesserung: Die gesellschaftlichen Konsequenzen von Marktlogik und Zwang zur Profitmaximierung zeigen sich so deutlich wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Und diese Krisenhaftigkeit ist kein Zufall: Krisen wohnen unserem System inne und sind ein Wesensmerkmal des Kapitalismus. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft auseinander. Während man auf schnellstem Weg großen Konzernen Rettungspakete schnüren konnte, blieben die Ärmsten der Gesellschaft außen vor. Wer vorher schon im Niedriglohnsektor gesteckt hat, rutscht spätestens mit dem Kurzarbeitergeld in Armut. Armut ist mehr als das Unvermögen einzelner, sie ist systemisch: Eine Wirtschaft, die sich an Profitmaximierung orientiert, missachtet unter diesem Anspruch systematisch die Befriedigung selbst der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse. Wenn schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne gut für die Wirtschaft sind, dann wird klar: Dass es uns gut geht, solange es der Wirtschaft gut geht, ist nicht mehr als eine Ausrede, um Profitinteressen zu verschleiern.

Arbeit strukturiert Gesellschaft - doch wie sie die Gesellschaft strukturiert, ist zutiefst ungerecht. Während wenige davon leben können, dass andere für sie arbeiten, müssen viele gegen Lohn arbeiten gehen, der ihnen im schlimmsten Fall nicht mal zu einem Leben in Würde reicht oder werden gleich durch Hartz IV in Armut gedrängt. Am härtesten trifft es die, die noch nie eine Lobby hatten, beispielweise weil sie schon seit mehreren Generationen in Hartz IV leben oder für ein Taschengeld weit unter dem Mindestlohn in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten müssen. Diese Verhältnisse sind nicht durch Zufall so entstanden. Die knapp 1,5 Millionen deutschen Millionär*innen haben nicht einfach ein bisschen härter gearbeitet oder irgendwie Glück gehabt. Kapitalismus baut darauf auf, dass es Menschen gibt, die besitzen, und andere, die dafür arbeiten müssen.

Und auch die Klimakrise ist nicht nur das Ergebnis einzelner schlechter

Entscheidungen oder die Konsequenz unbekannter Fakten. Sie hat ihren Ursprung in einem System, das auf Ungerechtigkeit basiert und das Mensch und Natur ausbeutet. So sind auch die Folgen der Klimakrise zutiefst ungerecht verteilt und diejenigen, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind, sind am härtesten von ihr betroffen. Doch Lösungen für die Eindämmung der Klimakrise kratzen immer noch nur an der Oberfläche, statt ihre Ursachen an der Wurzel zu packen. Diese Krisen lassen Risse im Status Quo entstehen. An ihnen wird klar: was wir brauchen, sind grundlegend neue Maßstäbe und Regeln, nach denen unsere Gesellschaft organsiert ist. Wir wollen mit systemischen Lösungen an diesen Krisen ansetzen, um den Politikwechsel zu schaffen.

Das Gute Leben für alle!

Wir kämpfen für ein System, das sich nicht länger daran orientiert, wo der meiste Profit generiert werden kann, sondern daran, welche Bedürfnisse eine Gesellschaft hat. Um bedürfnisorientiert zu Wirtschaften müssen wir uns deswegen von Profit- und Wachstumszwängen lösen. Was wir dafür brauchen, ist ein radikaler Wandel der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft organisiert sind. Wir müssen Bereiche der demokratischen Kontrolle zuführen und dafür dem Markt entziehen. Grundrechte wie Mobilität, Gesundheit oder Wohnen oder unsere Energieversorgung sind Bereiche, in denen wir uns nicht länger leisten können, dass Gewinninteressen von wenigen über den Bedürfnissen von vielen stehen. Nicht Konzerne, sondern wir als Gesellschaft, müssen darüber entscheiden, was und zu welchen Bedingungen produziert wird. Nur so können wir die Herausforderungen unserer Zeit wie soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Krisen angehen. Unsere Vision ist eine Welt, in der niemand in Armut leben muss, in der niemand ausgebeutet wird und in der der Wert eines Menschen nicht an seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit festgemacht wird. Ein System, in der durch radikale Klimapolitik das 1,5-Grad-Ziel noch eingehalten werden kann und in der gesellschaftliche Arbeit gerecht verteilt wird, ist möglich. Was wir dafür brauchen, ist eine Demokratisierung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft, die allen Menschen Mitbestimmung ermöglicht und eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Das derzeitige System kann nur fortbestehen, wenn es Ressourcen gibt, die ausgebeutet werden können und Auslagerung möglich ist. Grundvoraussetzung für das Entstehen des Kapitalismus war die rassistisch legitimierte, gewaltvolle Aneignung von Ressourcen und die Versklavung von Menschen in Zeiten des Kolonialismus. Ausgrenzung und Ungerechtigkeit ermöglichen auch heute, dass das System erhalten bleibt. Deswegen ist es wichtig, unsere Kämpfe global zu denken und sowohl bei der Bekämpfung der Klimakrise als auch in Arbeitskämpfen diejenigen nicht zu vergessen, die von der Externalisierung am stärksten betroffen sind: Die Ausbeutung von Lohnabhängigen und von Natur im Globalen Süden muss endlich beendet werden. Weltweit leiden Menschen unter der Unterdrückung im Kapitalismus und wir alle wissen: Die Klimakrise wird nicht mehr lange einzudämmen sein. Ein Leben in Freiheit und Würde für alle Menschen

weltweit ist letztendlich nur möglich, wenn wir den Kapitalismus überwinden.

Schritte des Aufbruchs

Arbeitskämpfe sind zentral für die Ausgestaltung unseres Zusammenlebens. Gerade entscheiden nur wenige Menschen darüber, wie unsere Arbeit organisiert ist. Das wollen wir nicht länger hinnehmen: Zeit, Arbeit zu demokratisieren! Deswegen fordern wir eine *Arbeitszeitverkürzung auf 20 Stunden bei vollem Lohnausgleich*! So realisieren wir eine stärkere Beteiligung der Arbeiter*innen am erwirtschafteten Profit und machen gleichzeitig den Weg frei für ein neues Verhältnis zu Arbeit: Wir schaffen Zeit für Engagement, Bildung, Beziehungen und für einen selbst.

Arbeitszeitverkürzung ist feministisch!

Aktuell arbeiten in Deutschland ca. 47% aller Frauen und nur 15% aller Männer in Teilzeit. Das liegt auch daran, dass der größte Teil der unbezahlten Sorgearbeit aktuell von Frauen geleistet wird. Zu dieser Arbeit gehören unter anderem Kinderbetreuung, Hausarbeit oder Pflege von Angehörigen. Wenn diese Tätigkeiten nicht mit einem Vollzeitjob vereinbar sind, sind es folglich in erster Linie Frauen, die für diese Tätigkeiten ihre Arbeitszeit reduzieren. Wir wollen durch die Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit schaffen.

Doch das allein wird nicht reichen. Solange einige wenige darüber entscheiden, was produziert wird, welches Bedürfnis befriedigt, welches neu geschaffen und welches vernachlässigt wird, solange wird Arbeit nicht dem Wohle der Gesellschaft dienen. Arbeit zu demokratisieren heißt auch, dass wir entscheiden wollen, für was wir arbeiten und was wir produzieren. Demokratische Strukturen müssen in der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen, die “unsichtbare Hand des Marktes” ist nicht nur undemokratisch, sie löst unsere Krisen nicht, sondern löst sie aus. Unternehmen müssen für die Menschen da sein und sollten dementsprechend auch von ihnen gestaltet werden. Wir fordern als ersten Schritt *mindestens 50 Prozent der Plätze in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen durch Arbeiter*innen zu besetzen*. Langfristig ist unser Ziel, dass keine Profite mehr auf Kosten der Arbeiter*innen und der Gesellschaft gemacht werden können.

Wir wollen eine Wirtschaft, in welcher soziale, ökologische, demokratische und inklusive Maßstäbe das Handeln der wirtschaftlichen Akteure bestimmen. Ein Schritt um diese Vision zu ermöglichen ist ein politischer Rahmen, der diese fördert. Kein Unternehmen soll sich zwischen guten Löhnen und Umweltschutz entscheiden müssen. Unternehmen die nach diesen Maßstäben handeln, sollten Vorteile im Bezug auf Steuern und Zölle sowie bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Krediten zugestanden werden, während Unternehmen, welche abweichend dieser Maßstäbe handeln, durch dieses Anreizsystem in eine andere Richtung gelenkt werden sollen.

Unternehmen gehören in die Händer derer, die in ihnen arbeiten.

Wer etwas in unserer Gesellschaft grundlegend verändern will, muss gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilen. Dafür braucht es eine starke Gesellschaft, die solidarisch zusammenhält und einen Staat, der einen massiven Umbau des Steuersystems in Angriff nimmt. Unser Augenmerk muss auf der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums liegen. Neben einer progressiven Vermögenssteuer, sowie einer progressiven Finanztransaktionssteuer ist auch eine Reform der Erbschaftssteuer von Nöten. Wir stehen für eine gestaffelte und deutlich verschärfte Erbschaftssteuer, die auf dem familiären Verhältnis und dem bisherigen Reichtum der Erb*innen basiert. Ab einer Millionen Euro kann eine Erbschaftssteuer von bis zu 100% erhoben werden. Unternehmen oder Unternehmensanteile, die unter diesen Bedingungen nicht vererbt werden können, werden in die Hände der Allgemeinheit oder der Belegschaft übergeben. Damit legen wir den Grundstein für eine wahrhaft soziale Daseinsfürsorge für alle und verhindern die überproportionale Machtausübung durch wenige reiche Individuen.

Es ist ökologisch und ökonomisch gefährlich, dass die Bundesregierung auf der Investitionsbremse steht und am Dogma der schwarzen Null festhält. So wird seit Jahren eine staatliche Daseinsvorsorge verhindert, Schulen, Bibliotheken und Schwimmbäder werden kaputtgespart. Wir setzen uns für ein *Investitionspaket* ein, das die sozial-ökologischen Krisen ernst nimmt und aktiv dagegen ansteuert. Um gut gegen die Wirtschaftskrise gewappnet zu sein, die die Coronakrise mit sich bringt, brauchen wir jetzt Investitionen in unseren *Bahnverkehr*, den *öffentlichen Nahverkehr* und eine *Grundsicherung, die armutsfest ist*. Ebenfalls brauchen wir eine Offensive in der finanziellen Unterstützung der jungen Menschen: *Bafög endlich für alle Studierenden öffnen* und die *Ausbildungsvergütung besonders in Zeiten der Krise zu 100% weiterführen*. Schulen müssen Orte des Lernens für alle sein. *Deshalb müssen sie so ausgestattet werden, dass an ihnen vollkommen unabhängig vom Geldbeutel gelernt werden kann*. Nur so schaffen wir eine wirklich solidarische Gemeinschaft.

Sozialer Umbau und eine Wirtschaft, die Menschen dient, endet nicht an Grenzen. Die Austeritätspolitik besonders im europäischen Süden hat fehlende Gesundheitsinfrastruktur, Jugendarbeitslosigkeit und existentielle Armut mit sich gebracht. Die Folgen können wir während der Coronakrise beobachten, die in Ländern wie Italien und Spanien nicht zufällig besonders hohe Opferzahlen gefordert hat. Damit muss Schluss sein! Ein wirklich demokratisches und soziales System fußt niemals auf dem Leid Anderer.
Deshalb fordern wir eine schnelle und umfassende Abkehr vom Sparkurs der EU.

Den wahren Preis unseres Wirtschaftens auf dem Markt zahlen andere. Umweltverschmutzung und die Zerstörung von Ökosystemen, aber auch schwere Arbeitsrechtsverletzungen und globale Krisen wie die Klimakrise und massenhaftes Artensterben, treffen den globalen Süden am schwersten. Als ersten Schritt gegen

die globale Ausbeutung von Mensch und Natur *fordern wir ein konsequentes Lieferkettengesetz für die Europäische Union*. Zudem muss ein poltischer Rahmen geschaffen werden, in dem Firmen Verantwortung, beispielsweise für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz, übernehmen müssen. Unser Ziel aber muss eine globale Wirtschaft sein, in der Ausbeutung und Klimazerstörung der Vergangenheit angehören!

Gemeinsam in ein neues Morgen

In den letzten Jahrzehnten war die politische Debatte geprägt von Systemerhalt und Stillstand. Systemkritik wurde und wird teilweise immer noch als Tabu behandelt. Wer dafür einstand, für eine andere Art des Wirtschaftens zu kämpfen, wurde als Antidemokrat*in bezeichnet und an den Verfassungsschutz verwiesen. Die Gleichsetzung von profitmaximierender Wirtschaftsweise und Demokratie dient so schon lange dazu, Debatten rund um die kapitalistische Gesellschaftsordnung und Systemfragen zu verhindern und sorgt dafür, dass der gesellschaftliche Diskurs entpolitisiert wird. Während die Gesellschaft immer liberaler wurde, wurden trotzdem Kämpfe für eine gerechtere Gesellschaft, insbesondere auch im globalen Kontext, eine gleichere Verteilung des Reichtums sowie für bessere Arbeitsverhältnisse in vielen Bereichen immer wieder verloren. Dabei ist es genau das Gegenteil: Es ist nicht demokratisch, dass uns als Gesellschaft ein Zugriff auf die grundlegendsten Bereiche unseres Zusammenlebens verwehrt bleibt: Produktions-, Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse. Doch immer mehr Menschen begehren auf und wollen nicht weiter hinnehmen, dass eine Politik gemacht wird, die den Interessen der Vielen entgegensteht. In den letzten Jahren haben wir erlebt, wie sich breite gesellschaftliche Bündnisse bildeten, die auf der Straße gegen den Status Quo mobilisierten, sei es Fridays for Future, die Seebrücke oder Unteilbar.

Corona hat viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt. Wir haben gesehen, wie krisenhaft unsere Gesellschaft ist. Wir haben gesehen, wie die Schwarze Null gefallen ist und wir haben gesehen, dass Politik handlungsfähig sein kann. Schon lange haben wir nicht mehr so grundsätzlich darüber diskutiert, wie wir zusammenleben wollen, wie im letzten Jahr. Als GRÜNE JUGEND glauben wir, dass eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nicht nur möglich, sondern auch absolut notwendig ist. Deswegen verfolgen wir eine politische Praxis, die sowohl auf konkrete Verbesserung im Hier und Jetzt zielt und gleichzeitig einen Weg in eine Zukunft jenseits des Kapitalismus aufzeigt.

Wir erteilen jenen, die versuchen, den Status Quo zum Naturgesetz zu erklären, eine Absage und kämpfen für eine Welt, die sich an den Bedürfnissen der Vielen orientiert, statt an den Profiten Einzelner. Es kommt jetzt darauf an: Um für den Politikwechsel zu kämpfen, braucht es ein neues gesellschaftliches Bündnis und eine Organisierung linker und progressiver Kräfte. Der GRÜNEN JUGEND kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Als linker und progressiver Richtungsverband arbeiten wir im nächsten Jahr gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen daran,

eine Gegenerzählung zu entwickeln. Der Kampf um das gute Leben ist noch lange nicht verloren. Er geht gerade erst los.